

Fokus auf Zukunft –

Schwerpunkte Europäischer Initiativen aus Hamburger Sicht bis 2030

Beschluss der Landesmitgliederversammlung Europa der FDP Hamburg vom 16.11.2018

Europa und die Europäische Union sollen Frieden, Freiheit, Sicherheit, Demokratie, Wohlstand und Fortschritt für uns gewährleisten und garantieren. Das kommt aber nicht von allein. Zukunft kann und muss aktiv gestaltet werden. Dazu braucht es auch den Mut, bisherige Paradigmen zu hinterfragen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und die richtigen Schwerpunkte für die jetzigen und kommenden Generationen in Europa zu legen. Deswegen fordern die Freien Demokraten von den Institutionen der Europäischen Union die Priorität europäischer Initiativen im kommenden Jahrzehnt auf die Bereiche Infrastruktur, Vernetzung von Wissenschaft und Forschung und Chancen durch Bildung für die junge Generation in Europa zu legen.

Zudem sind wir überzeugt, dass es für die Metropolregion Hamburg, die eine starke Wirtschaft beherbergt, Standort von Wissenschaft, Medien, Kunst und Kultur ist, die nicht nur wegen ihres Hafens ein Tor zur Welt ist, es essentiell ist, am Puls solcher Initiativen zu sein. Wir sind überzeugt, dass der Schwerpunkt gemeinsamer europäischer Initiativen zunächst auf dem Wahren unserer gemeinsamer Werte liegen muss. Sie sind die Basis unserer Gemeinschaft und unserer Demokratie. Als Medienstadt kommt hier Hamburg eine besondere Verantwortung zu.

Einstehen für Presse- und Meinungsfreiheit als Basis von Demokratie, Freiheit und Fortschritt in Europa

Presse- und Meinungsfreiheit sind eine unverzichtbare Voraussetzung für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Aktuell erleben wir beides in einigen Ländern der Europäischen Union als bedroht, aber auch die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet durch die Große Koalition in Deutschland („Netzwerkdurchsetzungsgesetz“) bewerten wir kritisch. Insbesondere als Freie Demokraten in einer Kultur- und Medienstadt wie Hamburg sehen wir diese Freiheiten als essentiell für das Zusammenleben in der Gemeinschaft in der Europäischen Union und unsere gemeinsame Gestaltung der Zukunft an.

Deswegen setzen sich die Freien Demokraten ein für:

- eine unabhängige Aufklärung von Verbrechen gegen die Meinungs- und Pressefreiheit und die Aufhebung nationaler Gesetze die gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.
- die Gründung einer europäischen Staatsanwaltschaft sowie einer europäischen Unionspolizei, sowie eine Stärkung der europäischen Justiz, damit unabhängige Ermittlungen im Falle von Verletzungen der Menschenrechtskonventionen der EU einzelner Mitgliedsstaaten ermöglicht werden.
- die Errichtung von Sanktionsmechanismen gegen EU-Staaten die die Grundfreiheiten wie Presse- und Meinungsfreiheit verletzen.

Infrastruktur und Digitalisierung sind Wirtschaftsmotor im Ausbau des Binnenmarkts

Gute Infrastruktur, nicht zuletzt auch im digitalen Sektor, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Zusammenwachsen der Länder, für den weiteren Ausbau des Binnenmarktes, für eine zukunftsfähige europäische Energiepolitik und für die Nutzung der Chancen der Digitalisierung in der gesamten EU.

Die Leitung des gesamten Ausbaus der Infrastruktur mit Schwerpunkt Energienetzen, digitaler Infrastruktur und Verkehrswegen ist souveräne Aufgabe der EU Kommission, hier insbesondere der Kommissare für Verkehr, für Energie, für Wirtschaft und für Telekommunikation. Hierdurch wird sichergestellt, dass europäische Interessen Verlauf, Mittelverteilung und Fristen bestimmen und nicht nationale Egoismen.

Daher sprechen sich die Freien Demokraten aus für:

- den Neu- und Ausbau sowie einhergehende Harmonisierung von Verkehrswegen insbesondere im Schienenverkehr. Der Ausbau und gemeinsame Standardisierung der Schieneninfrastruktur muss durch die European Railway Agency (ERA) stärker vorangetrieben werden. Ein gemeinsames Schienennetz erleichtert die Mobilität von Personen und Waren und stärkt den Binnenmarkt.
- den weiteren Ausbau eines gesamteuropäischen Luftraums über die nationalen Sektoren hinweg, um den zunehmenden Flugverkehr im Interesse der Passagiere besser steuern zu können.
- einen gemeinsamen Ausbau der Energienetze im Rahmen einer gemeinsamen Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energiewende. Hierzu zählt insbesondere der Ausbau von modernen und intelligenten Energienetzen (Smart-Grids) die eine Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugern, Speichern, Verbrauchern und Netzbetriebsmitteln über Ländergrenzen hinweg ermöglichen. Diese Smart-Grids sollen möglichst auf Basis der Blockchain-Technologie geschaffen werden und funktionieren, diese Technologie ermöglicht die notwendige Sicherheit zur Betreuung solcher Netze vor allem für Authentifizierung und Autorisierung und macht die kritische Infrastruktur somit Anfälligkeits- und Angriffssicherer. Kurzfristig kann der Fokus auf der Implementierung von Konversionstechnologien liegen, besonders bei bereits bestehenden Netzen. Langfristig muss ein einheitliches europaweites Energienetz geschaffen werden stückweise beginnend mit jedem Neubau.
- einen ehrgeizigen Breitbandausbau und Gigabit-Infrastruktur in ganz Europa, da digitale Netzinfrastruktur die Grundlage für Innovation und Teilhabe an der Digitalisierung ist.
- den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur sowie der 5G-Funktechnologie in der Fläche.

Chancen des Freihandels nutzen

Als Freie Demokraten in der Handelsstadt Hamburg wissen wir besonders um die Perspektiven, die der Freihandel bietet und wollen die Chancen nutzen. Wachsende Tendenzen des Protektionismus lehnen wir ab.

Deshalb treten wir Freien Demokraten ein für:

- offene Märkte und freien Handel. Dies muss durch gezielte Maßnahmen, wie die Wiederaufnahme der Gespräche bzgl. eines Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, flankiert werden, damit viele Menschen von den positiven Effekten der Globalisierung profitieren können.
- Eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa und Großbritannien auch nach dem BREXIT. Das ist insbesondere für Hamburg von großer wirtschaftlicher Bedeutung. England ist großer Außenhandelspartner. Zur Stärkung der Planungssicherheit von Investoren, Unternehmen und Bürgern in Deutschland ist es wichtig, dass schnell Einigkeit zwischen der Europäischen Union und Großbritannien in wichtigen Fragen erzielt wird. Dazu gehören auch ein weitreichendes Freihandelsabkommen mit weitreichendem Marktzugang sowie die uneingeschränkte Möglichkeit zum grenzüberschreitenden Personalaustausch und zur grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung.
- eine gemeinsame Strategie für ein starkes und nachhaltiges Wachstum der EU. Wir bekennen uns zur multilateralen Handelspolitik als Rückgrat des globalen Handels.

- eine vollständige Umsetzung der EU-weiten Warenverkehrsfreiheit, das heißt Beseitigung noch bestehender nationaler Autarkien etwa beim Energiebinnenmarkt oder beim grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel.
- einen Abbau diskriminierender nationaler Normen, Technikstandards und damit ein vollständig freier grenzüberschreitender Warenverkehr vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen ohne weiteres möglich ist.
- die gegenseitige Anerkennung und eine effektivere Umsetzung bestehender EU-Vorschriften für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr; grundsätzlich mehr Initiativen zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes; nötig ist u.a. die Beseitigung weitschweifiger Sprachregelungen.

Umgang mit dem Brexit

Wir wollen, dass Hamburg so gut wie möglich auf einen Austritt von Großbritannien vorbereitet ist. Nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen, kann es zu einem „ungeregelten“ Brexit kommen. Dazu muss der Senat die angekündigten Vorbereitungen in legislativer und administrativer Hinsicht auch tatsächlich umsetzen. Die Anpassung von Landesgesetzen reicht aber nicht aus. Vielmehr müssen alle Betroffenen insbesondere aus der Wirtschaft unterstützt werden. Großbritannien ist einer der wichtigsten Außenhandelspartner für Hamburg und der sechswichtigste Handelspartner des Hamburger Hafens. Etwa 1000 Hamburger Unternehmen unterhalten geschäftliche Beziehungen zum Vereinigten Königreich. Die FHH muss mehr Anstrengungen unternehmen, um Unternehmen zu gewinnen, die einen Sitz in Europa behalten möchten, aber nach dem Brexit Großbritannien verlassen werden. Dazu gehören Unternehmen aus Amerika und Asien. Darin liegt ein enormes wirtschaftliches Potential für die Metropole. Großer Klärungsbedarf besteht zudem im Bereich Wissenschaft und Forschung. Wissenschaftler, Personal und Studierende könnten Einschränkungen in der Mobilität in Kauf nehmen müssen und es besteht Unklarheit darüber, wie mit bestehenden EU-geförderten Forschungsprojekten mit britischen Partnern umgegangen werden soll. Hier muss möglicher Verunsicherung und einem möglichen Rückgang an wissenschaftlichen Beziehungen entgegengewirkt werden.

Wissenschaft und Forschung schaffen die Grundlagen für die Innovationen von Morgen

Wissenschaft und Forschung sind Europas Stärke und das Fundament für die Zukunft. Deswegen muss die Vernetzung von Universitäten, Hochschulen, Instituten und Forschungseinrichtungen in Europa weiter verbessert und gestärkt werden. Wir setzen uns für einen Ausbau von Forschungskapazitäten ein, wollen Europäische Universitäten errichten und exzellente Forschung sowie Nachwuchstalente auch durch eine europäische Stipendienkultur fördern. Auch diese Aufgabe ist in die Verantwortung der EU Kommission, hier der Kommissare für Bildung, Wissenschaft, Kommunikation und Kultur zu übertragen. Wir Freien Demokraten wollen Europa zur attraktivsten und innovativsten Region für Wissenschaft und Forschung auf der Welt machen.

Konkret setzen wir Freien Demokraten uns ein für:

- die Errichtung Europäischer Universitäten, wobei wir vor allem drei Modelle für Europäische Universitäten sehen. Hierbei finden wir die Möglichkeiten 1 und 2 richtig und elementar für eine weitere Vertiefung europäisches Zusammenwachsen, wollen aber explizit das dritte Model entwickeln:

1. Die Förderung der Zusammenarbeit von Universitäten in verschiedenen Ländern der Europäischen Union. Es soll für Universitäten leichter möglich sein, gemeinsam Studiengänge anzubieten, deren verschiedene Abschnitte an den teilnehmenden Universitäten stattfinden können.
 2. Es soll Universitäten leichter gemacht werden, Niederlassungen in anderen Ländern der Europäischen Union zu gründen. Diese Campi in anderen Ländern könnten beispielsweise bestimmten Studiengängen oder definierten Schwerpunkten vorbehalten sein.
 3. Europäische Universitäten, die vor allem zu Schwerpunkten aus europäischer Perspektive forschen und lehren könnten, die für die EU besonders relevant sind. Dazu zählen vornehmlich: Demokratie, Menschenrechte, Europäisches Recht und Wirtschaft.
- die Möglichkeiten, die digitales Lernen eröffnet: Die Freiheit an dem Ort und zu dem Zeitpunkt zu lernen, der dem Einzelnen am besten zusagt. Wir wollen gezielt Programme wie massive open online courses (MOOCs) stärken, auch um lebenslanges Lernen zu fördern.
 - die Etablierung einer digitalen europäischen Plattform für Wissenschaft und Forschung und eine stärkere Vernetzung von Institutionen und Menschen, die Transparenz schafft und laufende wie geplante Projekte europaweit koordiniert und unterstützt. Auf Basis des europäischen Forschungs-Rahmen-Programms (FRP) soll ein digitaler Austausch unter Wissenschaftlern gewährleistet werden. Hierzu gehört die dezentrale Bereitstellung von Materialien für Open-Source-Datenbanken und die digitale Durchführbarkeit von PhD- oder anderen Forschungsprojekten.
 - die Förderung von "Private-public-partnership" an den Universitäten in der EU.
 - einen Ausbau der Stipendienkultur auf europäischer Ebene. Wir wollen Forschungsstipendien aus Mitteln der EU für Forschungen in den Bereichen Europäische Demokratie und europäische Werte schaffen, sowie ein Europastipendium ähnlich dem Deutschlandstipendium, mit der zusätzlichen Bedingung, dass es nur an Studierende geht, die ihr Studium in einem anderen Land absolvieren als ihren Schulabschluss.
 - die Schaffung einer europäischen Exzellenzinitiative in dem besonders gute und für die EU relevante Forschung strategisch durch EU Mittel gefördert wird. Darüber hinaus wollen wir die existierenden exzellenten Forschungszentren in der EU stärker vernetzen. Da für uns die Freiheit der Forschung im Fokus steht, darf eine Förderung durch die EU nicht politischen Interessen folgen.
 - die Förderung von Sprunginnovationen und die Entwicklung oder Weiterentwicklung von zukunftsträchtigen Technologien insbesondere in den Bereichen Biotechnologie, Nanotechnologie, Data Science, Energietechnik, Mobilität und Chemie haben dabei Vorrang für uns. Wir unterstützen vor allem die Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Strategie für die Blockchain-Technologie und für die Forschung und Entwicklung von Technologien und Anwendungen im Bereich der „Künstlichen Intelligenz“, denn nur gemeinsam können wir noch eine Rolle in der bereits fortgeschrittenen globalen Entwicklung spielen. In den genannten Bereichen setzen wir uns für die Bündelung bestehender nationaler Strategien zu einer gesamteuropäischen Strategie ein.
 - die europaweite Schaffung von „Zukunftslaboren“ zur wissenschaftlichen und praxisorientierten Erprobung von Modellen zu gesellschaftspolitischen Zukunftsfragen ein. In solchen Zukunftslaboren sollen Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammenfinden, um gemeinsam Ideen für die gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Solche Labore sollten in gezielter Zusammenarbeit von EU und Mitgliedsland entstehen und in der konkreten Schwerpunktsetzung der einzelnen Labore gemeinsam gestaltet werden, eine Finanzierung aus EU Mitteln erachten wir dabei als strategisch sinnvoll. Hamburg als Wissenschafts- und Wirtschaftstadt erachten wir als idealen Standort für eines dieser Labore.
 - einen Ausbau der Meeresforschung und eine nachhaltige Meerespolitik. Innovation und Forschung ermöglichen, dass auch in Zukunft die Weltmeere beginnend vor der Hamburger Haustür Rohstoffe wie Energie und Nahrungsmittel liefern, als Transportwege oder Erholungsgebiete und touristische

Ziele attraktiv sind. Insbesondere eine verstärkte Förderung von Innovationen im Bereich der maritimen Wirtschaft soll wirtschaftliche Nutzung und Umweltschutz besser in Einklang bringen. Die maritime Wirtschaft verfügt über großes ungenütztes Potential insbesondere in den Bereichen Energie und Aquakultur. Eine ökonomische Entwicklung der Meere muss mit einer ökologischen Verantwortung einhergehen.

- wir fordern eine europäische Strategie zur Vermeidung von Einwegplastikmüll. Dafür soll es eine Zusammenarbeit u.a. mit großen Supermarktketten geben und ein Konzept zur Vermeidung von unnötigen Plastikverpackungen erarbeitet werden.

Chancen durch Bildung – überall in Europa

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass exzellente Bildung und Forschung die Treiber für Fortschritt in Europa sind, daher müssen die Chancen aller EU Bürger für Bildung, Ausbildung und beruflichen Erfolg Leitmotiv und Verpflichtung moderner Europapolitik sein. Prinzipiell muss es jedem Europäer möglich sein, in einem europäischen Land seiner/ihrer Wahl zu studieren und/oder eine Ausbildung zu absolvieren. Das bedeutet Chancengerechtigkeit für alle.

Daher fordern wir Freie Demokraten konkret:

- die Ergänzung der Grundfreiheit Mobilität um Bildungsmobilität, die sowohl für Studierende als auch Auszubildende gelten soll.
- eine Überarbeitung der bestehenden Bologna Regeln durch die Kommission und die Schaffung allgemein verbindlicher und rechtsgültiger Standards für Vergleichbarkeit und Kompatibilität von Bildungsabschlüssen in der EU zu erarbeiten und danach zusammen mit dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat als EU Recht in Form einer Verordnung zu erlassen.
- den Ausbau der Erasmus Mitteln ein, um mehr jungen Menschen einen Bildungs- und Ausbildungsaufenthalt im europäischen Ausland zu ermöglichen.
- eine europäische Stipendienkultur auch für Studierende und die Einführung eines Europastipendiums ähnlich dem Deutschlandstipendium, das gezielt Studierende unterstützt, die ein Studium in einem anderen Land absolvieren als jenem, in dem sie ihren Schulabschluss erworben haben.
- ein gemeinsames Vorgehen für Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im dualen oder trialen System, das in Deutschland erfolgreich ist und andere Länder übernehmen möchten.
- die Verbreitung des dualen Modells, wobei wir die Kommission sowie den Wirtschafts- und Sozialausschuss in der Verantwortung eine Übernahme des dualen Modells in weiteren Regionen Europas zu fördern und zu koordinieren.
- die Schaffung von Standards und die Harmonisierung von Zeugnissen und Zertifikaten, sowie die Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung, von Bildungsabschlüssen informalen und informellen Kompetenzen, Praktika-, Trainee- und Ausbildungszeiten.
- die Bildung eines gemeinsamen Marktes für Berufsausbildungen und eine enge Zusammenarbeit nationaler Arbeitsagenturen; so können besonders im Bereich der Berufsausbildung junge Menschen über Möglichkeiten in der ganzen Union informiert werden und Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam bekämpft werden.
- die Anpassung der Umstände, wie Startzeitpunkte von Ausbildungen - insbesondere Semesterzeiten - oder der Zeiträume der Abschlussprüfungen, um den Bildungswechsel von einem Land in ein anderes zu erleichtern.

Finanzierung

Zur Finanzierung dieser Initiativen sprechen wir uns für eine Umwidmung bestehender Förderungen sowie eine Stärkung und Erhöhung der Mittel bereits existierender Fonds, sowie eine gemeinsame gezielte Investition der EU Länder aus.

Konkret streben wir Freien Demokraten an:

- eine Stärkung und Erhöhung der Mittel des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI).
- eine Umwidmung der Mittel aus dem „Juncker-Plan“ zur Unterstützung von Zukunftsinnovationen.
- die primäre Nutzung der dem European Pillar of Social Rights angedachten Mittel, zur Unterstützung des Zugangs zu Bildung und zur Schaffung von gleichwertigen Chancen überall in der EU.
- zusätzlich stellen wir uns eine Umwidmung von mindestens 33 Prozent ihres aktuellen Volumens der Industrie- und Agrarsubventionen für Infrastrukturinvestitionen vor.
- die Agrarsubventionen sind als erste Säule in den nächsten Jahren abzuschmelzen.
- dass die Europäische Investitionsbank eine tragende Rolle bei der Finanzierung, Mittelbeschaffung und Mittelverteilung des Investitionsprogramms übernimmt.
- eine Überwachung der Mittelverwendung durch den Europäischen Rechnungshof entsprechend den geltenden Gesetzen und Regelungen.